

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 360 M., durch Boten bezogen monatlich 380 M., bei Postzahlung monatlich 380 M. Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 15 M., Sonnabends 20 M. Alle Preise freibleibend. Postfachnummer: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hallesche Straße 4 für unentgeltliche Zustellungen wird keine Gebühr gefordert. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der 8spaltige Millimeterzeilenraum 54 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 50 M. in Zahlung genommen. Hefengebühr 20 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen schluß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balh

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 300.

Freitag, den 22. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

### Eine Antwortnote der Botschafterkonferenz.

Neue Genugtuung gefordert. — Die Reparationsbesprechungen in Berlin.

Der Inhalt der Note.

Das dem deutschen Botschafter in Paris gesehene überreichliche Schreiben der Botschafterkonferenz betreffend die Streitfälle in Stettin, Passau und Angolstadt, hat folgenden Wortlaut:

Der Botschafter! Mit Ihrem Schreiben vom 10. dieses Monats im Erhellung der Lebenswirklichkeit geht, die Maßnahmen, die Ihre Regierung für die in dem Schreiben der Botschafterkonferenz vom 30. November dargelegten Forderungen hinsichtlich der Zivilisierfälle von Stettin, Passau und Angolstadt getroffen hat, zur Kenntnis der Botschafterkonferenz zu bringen. Die Botschafterkonferenz hat sowohl die Note der deutschen Regierung wie die von dem Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission erstatteten Berichte mit der größten Aufmerksamkeit geprüft. Im Verlaufe dieser Prüfung hat die Botschafterkonferenz die Ehre, im Erhellung folgenden mitzutheilen, wie sie sich zu der Darstellung der von der deutschen Regierung gegebenen Darstellung der beanstandeten Streitfälle. Sie stellt fest, daß diese Darstellung sich in den wesentlichen Punkten mit den Berichten der Interalliierten Militärkontrollkommission in Einklang befindet. Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Zahlung von einer Million Goldmark, die die deutsche Regierung anstelle der städtischen Behörden von Passau und Angolstadt geleistet hat. Sie wird die von der deutschen Regierung ausgeprochenen Zusicherungen annehmen, ohne darauf zu bestehen, daß besondere Entschädigungen von der bayerischen Regierung ausgeprochen werden unter folgenden Bedingungen: Es muß absolut klar sein, daß die von der deutschen Regierung ausgesprochenen Entschädigungen sowohl im Namen der Reichsregierung als auch im Namen der bayerischen Regierung und der lokalen Behörden in Passau und Angolstadt ausgesprochen sind. Um jeden Zweifel in dieser Richtung zu zerstreuen, erucht die Botschafterkonferenz die deutsche Regierung, den Text dieser Entschädigungen amtlich in der Presse zu veröffentlichen und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß sie für die bayerische Regierung und die lokalen Behörden in Passau und Angolstadt mit gelten. Die Botschafterkonferenz stellt im übrigen fest, daß die Mittelungen im Erhellung, ihr nicht die Sicherheit geben, daß die für die Streitfälle von Stettin, Passau und Angolstadt geforderten lokalen Entschädigungen tatsächlich und vollständig ausgeführt worden sind. Sie wird sich demgemäß in der Beziehung nur zufriedengehen, wenn die deutsche Regierung der Interalliierten Militärkontrollkommission sowohl in ihrem Namen wie auch im Namen der bayerischen Regierung die Garantie gibt, daß die lokalen Entschädigungen, die bisher noch nicht oder nur teilweise ausgeführt worden sind, voll und ganz zur Ausführung gelangen werden. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz die Interalliierte Militärkontrollkommission beauftragt, die deutsche Regierung zu eruchen:

hinsichtlich des Streitfalles von Stettin:

a) um Mitteilung der deutschen Regierung, welche die beanstandeten Polizeibeamten und die von ihnen Funktionen ausübenden beiden Verbindungsoffiziere erhalten haben; b) um eine Bestätigung der über die auf dem Vorfall beteiligten anderen Polizeibeamten verhängten Strafen und um eine Bestätigung der für ihre Bestrafung gegebenen Begründung;

hinsichtlich des Streitfalles von Passau:

a) um die Amtsenthebung des Polizeibeamten, der unter der Autorität des Bürgermeisters die Gewichte des Polizeidienstes leitete; b) um Mitteilung der deutschen Regierung des seiner Stellung entzogenen Bataillonsführers;

hinsichtlich des Streitfalles von Angolstadt:

a) um die Amtsenthebung des Polizeibeamten, der unter der Autorität des Bürgermeisters die Gewichte des Polizeidienstes leitete; b) um die Verifizierung, daß der Leiter der Munitionskassette seinen Posten nicht nur angenommen, sondern auch erfüllt hat.

Genehmigen Sie ufw.

(ges.) Poincaré.

Zu der Note der Botschafterkonferenz wird am 10. Dezember in letzterem im Namen der Reichsregierung in der Presse veröffentlicht worden. Die Botschafterkonferenz auf amtliche Veröffentlichung des Wortlautes ist also erfüllt. Die von der Botschafterkonferenz geäußerten Zweifel, ob die Entschädigungen der Reichsregierung aus für die bayerische Regierung und die lokalen Behörden der beiden bayerischen Städte gelten, erledigen sich durch Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung,

auf welchen sich die Ausführungen der Note vom 10. Dezember stützen. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigungen in Ausführung der entsprechenden Bestimmungen ausgeprochen, die ihr bei Behandlung auswärtiger Angelegenheiten für alle Teile des Reiches zuteil, so daß, wie in der Note vom 10. Dezember bereits mitgeteilt, für eine besondere Entschädigung von bayerischer Seite kein Raum bleibt. Die von der Reichsregierung ausgeprochenen Entschuldigungen gelten auch für Bayern.

### Fertigstellung der deutschen Vorkläge bis 30. Dezember.

Die Reichsregierung wird am Freitag, die Besprechungen über die Reparationsfrage, die bisher mit wirtschaftlichen Sachverständigen geführt wurden, auch mit der Führer der politischen Parteien ausdehnen. Dabei wird aber nicht eine der üblichen Parteiführer-Konferenzen stattfinden. Es werden vielmehr der Außenminister, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister einzelne Führer der Parteien empfangen, um mit ihnen das Ergebnis der bisherigen Besprechungen zu erörtern.

Es handelt sich immer noch um die Frage, ob die deutsche Regierung bei neuen Vorschlägen für die Pariser Verhandlungen eine Zwischenlösung oder eine endgültige Lösung wählen soll. Wahrscheinlich werden die Minister, die die einzelnen Besprechungen geführt haben, das Ergebnis in schriftlichen Berichten niederlegen, die dann zum Gegenstand besonderer Beratungen des Kabinetts gemacht werden sollen.

Diese Beratungen werden wahrscheinlich auch in den Weihnachtstagen geführt werden müssen, da die deutschen Vorkläge spätestens am 30. Dezember fertig sein müssen.

### Die Vorbereitungen der Pariser Konferenz.

Paris erwartet Vorkläge.

Am 22. Dezember. Eine offizielle Note bemerkt, trotz der Vorbereitungen der alliierten Kabinete seien die Vorbereitungen der Konferenz von Paris nicht demmaßen vorgeschritten, daß gütliche Ergebnisse zu erhoffen seien. Weder England noch Frankreich noch Amerika legen völlig ihren Standpunkt klar, doch könne die Konferenz nicht wohl versoben werden, da zum Jahresende das Moratorium Deutschlands verfallt.

Paris, 22. Dezember. An amtlicher französischer Stelle wurde am Donnerstag Abend vor Gerichten über eine Kompromißlösung in der Reparationsfrage gewartet mit dem Bemerkten, zwei Drittel aller Besprechungen über die Reparationsverhandlungen seien falsch. Zwischen Frankreich und England sei in den letzten Tagen kein neues Ergebnis von Wichtigkeit eingetreten. Es sei nicht anzunehmen, daß der französische Vorkläger Graf Et. Laurent mit Vorkläger Poincaré nach London zurückgekehrt sei. Die französische Regierung will aufsehend jetzt zunächst abwarten, was Deutschland vorschlagen wird. Man sprach auch am Donnerstag Abend an französischer unabhängiger Stelle, von gewissen Eröffnungen, die Frankreich in der letzten Zeit gemacht worden seien. Man meinte weiter, gewisse deutsche Verbindlichkeiten würden vielleicht in den nächsten Tagen nach Paris kommen.

Dagegen will die „D.M.“ wissen, daß der Plan der französischen Regierung für die Pariser Konferenz bereits vollständig fertiggestellt sei. Danach will Frankreich Deutschland ein zweijähriges Moratorium anverwehren, jedoch unter folgenden Bedingungen:

1. Internierung unter eine vollkommene Entente-Finanzkontrolle;
2. Ausföhrung aller der deutschen Regierung auferlegten Finanzreformen;
3. Ausgabe einer inneren Kollanteile zur Stabilisierung der Wirt;
4. Beschlagnahme der staatlichen Vermögens, Zinsen und der Zollentzinsen als Pfand.

Falls die deutsche Regierung diese Bedingungen annehmen und durchföhren sollte, werde Frankreich bereit

### Die Stellung des Mittelstandes in der Volkswirtschaft.

Der Mittelstand ist derjenige Teil des Volkes, gegen den die Folgen des Krieges, der Revolution und der Erhellungspolitik in erster Linie gerichtet haben. Daß die aus dem Niedergang des Mittelstandes sich ergebenden Auswirkungen in Bezug auf die Verschlechterung der Allgemeinwirtschaftlichen Lage nicht deutlicher erkannt worden sind, liegt hauptsächlich daran, daß man sich allzu sehr gewöhnt hat, Wirtschaftskrisen nach der Arbeitslosigkeit und nach dem jeweiligen Beschäftigungsgrad der großen Unternehmungen zu beurteilen. Heutzutage vollziehen sich aber wirtschaftliche Vorgänge nicht mehr so offensichtlich wie früher. An die Stelle der sichtbaren Zerrüttung ist die unsichtbare Ausföhrung dabei, daß die Handarbeiterschaft auf Grund der allgemeinen Winderhellung langsam den Besitz des Bürgerguts — erst den des Mittelstandes mit seinem Spar- und Rentenkapital und im Anschluß daran auch den der Industrie mit dem Betriebskapital — in ihr Eigentum oder vielmehr ihren Besitz überführt. Nach dem Grade der allgemeinen Arbeitslosigkeit die Lage des Mittelstandes zu beurteilen, ist also nicht angängig, zumal die abnehmende Anzahl der mittelständlichen Erhellungen eher die minderwertige Beschäftigung annimmt, ehe sie Anspruch auf Erwerbseigenenschaft erhebt. Testalb sind die privatwirtschaftlichen Schwierigkeiten des Mittelstandes viel größer als es nach außen scheint.

Um so verundächtlicher ist es, daß — von Ausnahmefällen abgesehen — gerade diejenigen Kreise, an deren Lage das Maß unserer Not und die Notwendigkeit der Umkehr offensichtlich werden sollte, sich so sehr ins Verborgene zurückziehen. Wo sie in die Öffentlichkeit herantreten, ergibt sich nun die einseitige Situation, daß die Kreise, deren auf Produktionsföhrung gerichtete Interessen durchaus gegen die produktionsfeindlichen Auswirkungen des Sozialismus gerichtet sein sollten, dennoch kampfgewerkschaftlichen und sozialistischen Gebauengängen sich zu nähern scheinen. Der Grund dafür liegt in der Verhellung der Gränder, daß heutzutage nur durch einen gerade zu entschlossenen Kampf, wie er von den Gewerkschaften und sozialistisch orientierten Kreisen der Bevölkerung geführt wird, eine Besserung der Lage erzielt werden könne. Aber — wie sehr kann, wenn es dem Allgemeinwohl gut geht, aber gerade die Mitte der Allgemeinheit durch den Klassenkampf, nur auf die Macht der Zahl und nicht auf die Güte der Leistung eingestellten gewerkschaftlich-sozialistischen Arbeitnehmerstandpunkt verhindert wird.

Auch die Teile des Mittelstandes, die zur Zeit noch sozialistischen Ideen sich geneigt zeigen, werden bald zu der Erkenntnis kommen, daß ihr Interesse in erster Linie darauf gerichtet ist, die Produktion zu steigern und zu verhellung, sowie die eigene gehobene Stellung zu erhalten, ein Interesse, das sich mit der augenblicklich betriebenen Gewerkschaftspolitik nicht vereinbaren läßt. Industrie und Mittelstand gehören zusammen. Sie haben beide das gleiche Interesse, die jetzt betriebene Expropriation des Bürgerguts zu verhindern. Weiden ist daran gelegen, Schutz zu erhalten vor politischen und wirtschaftlichen Hebergeffen, die Produktion zur Beschäftigung der Lebenshaltung zu steigern, die Rentabilität der Wirtschaft und die damit verbundene Kapitalneubildung zu sichern usw. Beide müssen sich darüber klar sein, daß die unter der Parole „Kampf gegen den Wucher“ betriebene Verhellung der einzelnen Schichten des Bürgerguts unter einander nur dazu dient, die Aufmerksamkeit abzulenken von dem eigentlichen Kernpunkt des Lebens, nämlich von dem allgemeinen Leistungsrückgang, der neben dem Diktat von Versailles die härteste Ursache der Geldentwertung und damit auch der allgemeinen Verhellung geworden ist. Erst dann werden alle Kreise des Bürgerguts ihre berechtigten Ansprüche auf Sicherung ihrer Erhellung erfüllt sehen, wenn untere Wirtschaft wieder so weit in Ordnung gebracht ist, daß wenigstens einigermaßen der Bedarf seine Deckung findet. Jede wirtschaftliche Zurechtverhellung hat hier, als dem allein entscheidenden Punkt, anzusetzen.

Jein, auf die Befestigung des Ruhrgebietes zu verzichten. Frankreich behält aber das Recht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wirtschaftliche Juuagsmaßnahmen zu ergreifen, wenn Deutschland nicht eine der vorklebenden Bedingungen einhält.

## Frankreichs Widerstand gegen die amerikanischen Absichten.

**Amerikas Maßnahmen gegen die Ruhrbesetzung.**  
London, 21. Debr. Hier macht man kein Geheimnis daraus, daß sich der amerikanische Staatssekreter in seinen jüngsten Unterhaltungen mit Diplomaten der Verbündeten sehr empfindlich gegen die polenrechtlichen Sanktionen und Pfändungspläne ausdriickte und großen Nachdruck auf die Pfändungen legte. In den internationalen Konferenzen mit Rücksicht auf die völlige Unmöglichkeit der bisherigen Reparationsforderungen bestehen. Es ist sicher, daß er dem französischen Volksthafter zu verleben gab, daß nach seiner Ansicht eine unpartheiliche Abwägung der deutschen Leistungsfähigkeit sehr wünschenswert wäre. Paris wollte aber für alle solche Anregungen und Wünsche nur taube Ohren haben. Ueber die französische Stimmung sagt heute ein Pariser „Times“-Meldung, sie richtete sich immer härter gegen jedes „Anerkennen Amerikas und sie habe nur dafür für alle Fälle, Frankreich solle abweisen, den Rhein räumen, verprechen, nicht ins Ruhrgebiet einzufallen aus Dant, bereit für Amerikas Hilfe, die gar nicht ihm, sondern Deutschland autell werden soll.

Paris, 22. Debr. Nach amerikanischen Wittermeldungen würde die Washingtoner Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich mit der sofortigen Jurisdiktion ihrer rheinischen Besatzungstruppen beantwortet.

**Der Plan einer Sachverständigenkommission zur Festsetzung der Reparationssumme.**

Dana, 22. Debr. Aus London wird gemeldet, die englische Regierung habe Hughes bereits mitgeteilt, sie sei damit einverstanden, daß Amerika eine Sachverständigenkommission zur Festsetzung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen ernenne.

## Poincarés Rede im Senat.

Paris, 22. Debr. Der Senat hielt am Donnerstag nachmittags eine Sitzung ab, in der die auswärtige Politik Frankreichs zur Sprache kam. Als erster Redner nahm der Senator Japh das Wort, um seine angeforderte Interpellation einzubringen. Er sprach über die Frage der Wiedergutmachungen. Deutschland, so führte er aus, hat uns so gut wie nichts bezahlt und die alliierten Regierungen haben Deutschland gegenüber weder Energie noch eine brauchbare Methode an den Tag gelegt. Es ist überflüssig, so fuhr der Redner fort, das Ruhrgebiet zu besetzen. Es genügt, Deutschland daran zu verhindern, ohne Erlaubnis der Alliierten Waren auszuführen. Besser ist es, das Ruhrgebiet in Deutschland einzutreten als in Frankreich. In jedem Falle liegt darin das einzige Mittel, die Deutschen zur Nachgiebigkeit zu zwingen und damit unsere finanzielle Lage zu verbessern. Unsere Mitbürger haben nicht übermäßiger Verdacht Vertrauen zu Herrn Poincaré. Dieser wird das Vertrauen hoffentlich zu rechtfertigen wissen. Poincaré, der dann das Wort nahm, sagte: Seit langen Monaten erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht. Der Reparationsplan, der von der Reparationskommission im Verlaufe der Londoner Konferenz erarbeitet wurde, ist zu einem toten Buchstaben geworden. Die Naturverhältnisse, namentlich die Holzlieferungen, geben nicht von Ratten und die Reparationskommission wird in vielen Punkten die Beschlüsse nicht erfüllen können. Die Reparationsarbeiten, die von unserem Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgeschlagen wurden und die Deutschland eine Gelegenheit, seinen guten Willen zu bezeugen, hätten diesen können. Poincaré fuhr dann fort, die nächsten Schritte entzichte Deutschland sich seinen Verpflichtungen. Die Vergangenheit gibt keinerlei Sicherheit für die Zukunft. Wir können Deutschland nicht ohne Überwachung und Kontrolle lassen. Wir würden gerne Gebuld haben; aber wir können es nicht tun, weil das kommende Jahr entscheidend für den Wiederaufbau unserer zerstörten Gebiete sein wird und weil wir hundert Milliarden für den Wiederaufbau Deutschlands vorgerechnet haben (?) und weil es schließlich für unsere Finanzen unbedingt notwendig ist, Deckung zu finden. Was werden wir tun? Poincaré sagte, Deutschland hätte eine Demission beizugeben und Wälder und Gruben, die nach dem Versailler Vertrag ein Pfand für die Alliierten bilden. Warum nicht diese Gruben und Wälder ausbeuten? Und schließlich gab es 3 Millionen Acre, die allerdings nicht sehr viel verdienen, aber doch nicht zu vernachlässigen sind. Poincaré fand für seine Ausführungen lebhaften Beifall im Senat. Er verlangte am Schluß seiner Erklärungen die Annahme einer einheitlichen Tagesordnung und der Senat nahm diese durch Handzucken an.

## Neuer Zwischensfall in Goussane.

Goussane, 22. Debr. In der Donnerstags-Sitzung der Wiederschleifkommission kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem griechischen Delegierten Benizelos und dem türkischen Vertreter Hiza Pauri. Hiza Benizelos erhob eine Reihe Anklagen und Beschwerden gegen die Türken wegen inhumaner Vertreibung der Griechen aus Kleinasien. Unterdrückung der religiösen Freiheit der Minderheiten und Befreiung in der Ein- und Auswanderung. Der türkische Delegierte Hiza Pauri wies die Anklagen Benizelos zurück und behauptete, daß die griechischen Truppen seien es gewesen, welche die Griechen in Kleinasien zur Auswanderung gezwungen hätten. Da die Erregung noch weiter stieg, ließ der Vorsitzende die Sitzung vertagen.

**Amerika zur Meerengenfrage.**  
Die beharrlichen Einmündungen James B. Paish, daß die von den Alliierten vorgehobenen Befugnisse der internationalen Kontrollkommission über die Meerengen zu erliegen seien und daß er sich mit der Unterdrückung der Intervention des Völkerbundes in der Meerengenfrage nicht befremden könne, sind auf amerikanische Unterdrückung zurückzuführen. Der amerikanische Delegierte hat dem Präsidenten der Kommission eine Note überreicht, in der die Vereinigten Staaten erklären, daß unbedingt die Freiheit der Meerengen für sämtliche Nationen der Welt ohne Ausnahme besser gesichert wäre, wenn man sich auf die durch Verträge geschützten Meeresstraßen und Meerengen beschränken würde, als das bei einer internationalen Meerengenkommission der Fall wäre. Es liegt also kein Grund zur Annullierung der Intervention des Völkerbundes vor. Lord Curzon hat bereits ein weiteres Entgegenkommen der Verbündeten in der Frage der Kompetenzen der internationalen Meerengenkommission zugesagt.

## Abgelehnte Demission des gesamten polnischen Kabinetts.

Warschau, 22. Debr. Nachdem der neue Staatschef Wojciechowski sein Amt angetreten hatte, überreichte Ministerpräsident Sikorski die Demission des gesamten Kabinetts; der Staatspräsident hat dieser jedoch seine Zustimmung nicht erteilt.

## Der neue türkische Vorkonferenzen in Berlin.

Berlin, 22. Dezember. Die Große Nationalversammlung von Ankara hat den Deputierten für Saroban, Selal Bey zum türkischen Vorkonferenzen in Berlin ernannt. Der Vorkonferenzen wird seinen Hof anreisen, sobald der Frieden von Lausanne unterzeichnet ist.

## Die Sicherstellung der Brotverforgung.

Der Reichsausschuß für Landwirtschaft gibt eine Erklärung zur Frage der Brotverforgung bekannt, in der es u. a. heißt, daß der Reichsausschuß auf Grund seiner umfassenden Kenntnis der Ernährungslage mit Rücksicht auf die ausgesprochene Minderheit eine Erfüllung der Umlage für sachlich unmöglich hält. Entgegen den Behauptungen des Reichsernährungsministeriums, daß die Brotverforgung gesichert sei unter der Voraussetzung, daß das Umlagegetreide entsprechend den Lagen herbeikommt und das Reich in der Lage bleibt, die für die Getreideeinfuhr nötigen Devisen aufzukaufen, hat der Reichsausschuß festgestellt, daß die Brotverforgung nur unter der Voraussetzung gesichert werden kann, daß mindestens 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden können. Außerdem hat er mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um eine Brotverforgung in möglichst großem Umfange herbeizuführen.

## Der neue Umlagepreis.

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Bestimmung der Reichsregierung über den Preis für das Brotgetreide der Umlage. Er lautet für die Zone Roggen 163 000 Mark, Weizen 180 000, Gerste 140 000 und Hafer 130 000 Mark.

## Nationale Anwendungen des „Dornbüchels“.

Berlin, 22. Dezember. Der „Vorwärts“ nimmt heute in einer Entreeille unter der Überschrift „Ein gefährlicher Plan“ eine nach einmal Stellung zu der geäußerten Meinung des „Mannheimer Guardian“, aber ein englisch-französisches Kompromiß in der Reparationsfrage. Zusammenfassend meint das Blatt, würde das heißen, daß Deutschland unter Kriegsbedingungen gezwungen werden soll, Maßnahmen anzunehmen, die auf eine Preisgabe seiner Souveränität und auf seine territoriale Integrität hinauslaufen. Daß ein solcher Plan in allen Kreisen des Volkes mit Empörung aufgenommen werden wird, das versteht sich von selbst. Darüber hinaus ist er geeignet, allen Friedensfreunden Europas und Allen, die für den wichtigsten Wiederaufbau arbeiten, tiefe Verlegenheit einzufloßen, denn das ist ein Plan nicht zur Verdrängung der Welt und zu ihrer Konjunkturbildung, sondern ein Plan zur Aufpeitschung der Leidenschaften und zur allgemeinen Zerrüttung. Wenn man denken eine Wollt fortzusetzen gedenkt, die von Katastrophe zu Katastrophe überführt, dann werden die Forderungen nach Stabilisierung der Welt bald ein Ende haben.

## Aus Stadt und Umgebung

### Der Weihnachtsfestbesuch

Am ersten Feiertage soll in der Müllener (St. Bitt-)Kirche eine reichhaltige und musikalische Ausgestaltung stattfinden. Chor- und Einzelgesänge nach Kompositionen älterer und neuerer Meister werden mit Schriftüberlegungen und Gemeindegesängen abwechseln. Der Gang des Gottesdienstes abwechseln sich in drei Teile, denen die Lectionen: die Vorbereitung, die Erfüllung, unser Dank geben werden, werden an den Kirchtagen für zwei Mart zu haben sein.

### Seine Neujahrsvorlesung zum alten Tazir.

Wie uns heute auf Anfrage beim Kassenerwarteter des Bahnhofs mitgeteilt wird, ist die Nachfrist, wonach die Vorverkaufsmöglichkeit der Fahrkarten nicht eingeschränkt werden soll, somit als Reiter am 1., 2. und 3. Januar, für welche die Fahrkarten noch im alten Jahre gelöst sind, zum alten Preise gemacht werden können, in dieser Form leider fällig. Wohl können Fahrten bis zum 3. Januar einschließl. zum alten Preise gemacht werden. Aber die Reize muß diese Reize am 31. Dezember, angetreten sein und eventuell unterbrochen werden. Fahrpläne, die Reize erst am 1. Januar beginnen, müssen den neuen Preis anlegen.

### Verbrecherische Diebstähle.

Der Bergmannsstand in bisher durch die Pflege kameradschaftlicher Beziehungen ausgezeichnet gewesen. Nach dem strikte zeigte sich eine bedenkliche Änderung dieses alten überlieferten Verhältnisses. Ganz gewiß waren die berufsmäßigen Vergleite am allerwenigsten hieran schuld. Die allgemeine Verschlebung auf dem Arbeitsmarkt führte gefährliche Elemente in den Bergbau, angetrieben von dem alten Geist der Kameradschaft erfüllt waren. Wenn sich im Laufe der Zeit hier eine Besserung gezeigt hat, so ist das zweifellos dem entschlossenen Geist der Maif der berufsmäßigen Bergarbeiter zu verdanken. Leider aber machen sich in letzter ihrer Mitarbeiter in eine schwere Gefahr bringen. Früher waren die Sicherheits- und Rettungsanstalten in den Gruben jedem Bergmann heilig und unerschließbar. Heute ist es eine beängstigende Tatsache, daß Kupfer- und Messingteile, (Säbne etc.) an Sicherheits- und Rettungsanlagen im Bergwerke sehr häufig gestohlen werden. Wenn man bedenkt, daß infolge dessen diese Anlagen (z. B. Verriegelungs- und Aufzugsanlagen) plötzlich außer Betrieb gesetzt werden, und daß damit den Unfallschicksalen der gefährlichen Elemente in dem Bergbau, wenn Vergleite alten Schlages solche Leute, die nicht einmal die Mühseligkeit auf das Leben ihrer Mitarbeiter vom Diebstahl abhält, als Arbeiter in der Bergwerke bezeichnen. Verbrecherischer eigentlich noch als der gewöhnliche Raubdiebstahl sind diese Verbrechen. Es ist nicht einmal das Gut der Leute, deren Leben sie aufs Spiel setzen, das sie rauben; sie gefährden das Leben ihrer Mitarbeiter, indem sie das Gut der Bergwerksverwaltung rauben!

Es ist dringend zu wünschen, daß dem Diebstahlsunfug, das sich in allen deutschen Bergbauern heute breit macht, und das, soweit es sich um Anlagen der Sicherheit handelt, direkt verbrecherische Formen annimmt, bald gesteuert werden möge.

### Bilderausstellung im „Zoo“.

Der Maler Hübler verfaßt den Menschenbogen vollständig einen Lebensbild über das, was unter seinem Blickfeld der Welt entstanden ist. Da ist manches, ja vieles, was das Auge entzückt und gewiß längeren Betrachtens wert. Herr Hübler ist in allem mehr Zeichner als Maler. In allen in Del ausgeführten Bildern findet der Betrachter eine das geistreiche Moment, am härtesten ausgeprägt, das die unheimlichste Kleinigkeit manchmal zum Schaden des Gesamteindrucks, sich hervortreiben läßt. In der Farbengebung ist Hübler oftmals sehr glücklich gewesen. Da findet sich ein lebendiges, so kann man es verstehen, wenn seine Werke wohl erst nach langem Studieren begreifen haben mag. Seinen Landschaftsbildern fehlt eine Charakteristik, was in der Hauptfache unsere Landschaftler auszeichnet. Set es ein Haus, ein Baum in der Höhe, ein mangelhafter Baum, oder ein Bergsee, wenn hiesigen Bänden eingeschlossen — dies alles atmet aber Leben, trotz Ruhe Bewegtheit. Das Abgemessen einer Landschaft hat wohl in ihrer poetischen Ausführung einen ästhetischen Reiz. Von Kunst hier zu reden wäre falsch.

Wenn man sich recht erinnert, so hat Herr Hübler einmal zu verleben gegeben, daß er nicht den Kunsthandwerker sein will. Von diesem Eingeständnis ausgehend, bleibt doch immerhin zu sagen, daß er hierin den Durchschnitt übertrifft hat, und seine Bilder sich der Grenze zwischen Kunst und Handwerker nähern. Es läßt sich durch die sogenannte geistliche Zucht nicht ein großartiger und expressivster Schöpfung hinaus, und das Bild könnte als Kunstwerk bewertet werden. Herr Hübler ist ein Maler für künstlerische Genüsse, oder auch für solche, die sich durch die Beweglichkeit ihrer Phantasie über den Mangel im Bild hinwegsetzen können.

Für den großen Reiz und die Mühe möchte man dem Künstler einen schönen Erfolg wünschen.

# Für das Weihnachtsfest

empfehle in reicher Auswahl und zu noch sehr günstigen Preisen

## Letzte Neuheiten

in hervorragend schönen Damen-Blusen, Kleidern, Röcken und Mänteln ferner: Knaben- und Jünglings- = Mäntel, Bleyle- Knaben- = Anzüge

in allen Größen und vielen Formen.

Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche

Wollwaren — Trikotagen — Strümpfe — Handschuhe — Handarbeiten  
Teppiche — Linoleum — Vorlagen — Wachtische.

Während den letzten Sonntags sind die Verkaufsräume während der Nachmittagsstunden geöffnet.

Otto  
Dobkowitz  
Erfurt  
Entenplan



# Der Silberstreifen des Freigrafen Herhard Hennecke

von H. Klein-Hofelnd.

(30)

Nachdruck verboten.

Nach der Uebersetzung des Verteidigers mußten diese Darlegungen mit Notwendigkeit dazu führen, die Vortäuschung der Waise des Angeklagten durch einen noch unbekanntem Täter zu erwägen. Das Zusammenstreffen der Entfernung des Bartes mit dem Vorabend des Diebstahls sei weiter nichts als ein Zufall, wie es deren im Leben viele gebe, und der zudem ganz einflusslos gewesen sein, denn der wirkliche Verbrecher hätte genau dasselbe Mandator ausführen können, auch wenn dieser Zufall nicht eingetreten wäre.

Hinsichtlich des Beweises habe sich der Staatsanwalt keine Beweisführung sehr leicht gemacht. Er sage, daß ein solcher nur bei dem Angeklagten erkennbar sei. Das sei aber nicht einmal richtig, denn die Weidenhaube des Angeklagten für die Schärfe der Vergangenheit könne als Grund nicht anzuwenden sein, wie etwa die Annahme eines Nachmittages gegen jenen durch einen noch unbekanntem Dritten. Aber weder die eine noch die andere Annahme finde in dem Beweismaterial eine Stütze, die Sache liege vielmehr so, daß das Motiv der Tat zurzeit noch ebenso unbekannt sei, wie der Täter selbst. Wenn in dieser Beziehung die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zum Ziele führen, so sei es doch nicht angängig, lediglich auf der Grundlage einer höchst anfechtbaren Wahrscheinlichkeit, einen mehr oder weniger beliebigen Jemand zum Sünderbode zu machen.

Da je jener Artikel, der trotz aller ausgefägellen Ausführungen des Staatsanwalts bis heute nicht aufgeklärt sei. Der Zeuge Koch habe unter seinem Eide ausgesagt, daß er keine Beobachtungen in der Nacht zum dreizehnten Oktober nur dem Kriminalkommissar Grebe mitgeteilt habe. Weber

er noch Grebe wollten das Geheimnis, das sie miteinander teilten, einem Dritten preisgegeben haben. Fest stehe aber, daß ein Stammtischgespräch des Stadtverordneten Theissen dem Zeugen Schulz den Stoff geliefert habe, und er sei bereit, Beweis dafür anzutreten, daß das Gerücht damals in ziemlich weiten Kreisen umgegangen sei. Die Annahme, daß der Zeuge Koch doch einmal geäußert und das inzwischen vergessen habe, veranse gegenüber dieser Erscheinung nicht und sei angesichts des entgegenstehenden und unerklärlichen Eides unzulässig. Der Staatsanwalt möge den wirklichen Urheber jenes Artikels finden, und er hierüber überzeugt sein, daß er dann den angeklagten Doktor Nicolai aus der Petermannstraße gefangen habe.

Die Beratung des Gerichtshofes dauerte sehr lange. Als er wieder erschien, verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht lange geschwankt habe. Die Verhandlung habe genöthigte Gründe für die Schuld des Angeklagten ergeben, aber andererseits fehle doch der schließliche Beweis. Man habe sich deshalb an die Vorrichtung des Gesetzes gehalten, nach der der Zweifel zugunsten des Angeklagten zu lösen sei. Dieser sei daher aus Mangel an Beweisen freizusprechen.

## Dreizehntes Kapitel.

Die reibliche Frau Stahl hatte den unbeschreiblich großen Borzug, daß ihr Herz gut und ihre Hände ebenso still waren wie ihre Zunge. Sie gebrauchte diese drei Dinge in den nächsten Tagen täglich, um ihren völlig gebrochenern Vater wieder aufzurichten.

Sie behandelte ihn wie ein krankes Kind. Sie trachtete ihm seine Lieblingsgerichte, verordnete ihm Hausmittel und schwachte unaufhörlich. Sie belästigte ihn, fiel ihm auf die Nerven, aber sie verdingerte ihn dadurch, ausschließlich seinem Unglück nachzugeben.

Am ersten Tage sprach er nur von Selbstmord, so daß Frau Stahl sich kaum aus dem Zimmer getraute.

Am zweiten schiedete er Pläne, um über den großen Teich zu gehen.

Am dritten bekam er zwei Besuche, von denen er nicht zu sagen wußte, welcher für ihn die größte Lieberwürdigung bedeutete. Aber diese beiden Besuche bewirkten mit Leichtigkeit das, was Frau Stahl trotz aller Mühe nicht fertig gebracht hatte.

Zeit dem frühen Morgen schneite es. Das heißt, was man in Indultriegebiet, wo hunderttausend Feuer die Luft erwärmen, so Schnee nennt. Wenn die schönen weißen Flocken in die Nähe der Menschen kommen, sind sie nicht weiter als die, schmutzige Schlammtröpfchen.

Ein gleichförmiger, nicht gerade heftiger Wind stand in den Straßen. Aber er stieß durch alle Ritzen, trotz in jeden Schließ und verurtheilte jenes unangenehme Fröheln, das wie eine Borührung kommenden Zimmerhütens anmietet.

Als Frau Stahl ihrem Vater den Nachmittagskaffee brachte, drehte sie das Licht auf. Als sie das Gefährte wieder vorräumte, schickte es draußen, ganz kurz, kalt jaghaft.

Mit langen Entschien kam sie nach einer Viertelminute wieder herein. Ein Gemisch von Freude und großer Neugier lag auf dem guten alten Gesicht.

„Eine junge Dame, Herr Doktor! Eine tiefbersehleerte, schlafte Dame.“

„Eine Dame? Eine Dame, die zu mir will?“ fragte Nicolai verwirrt. „Das ist wohl ein Irrthum, gute Frau Stahl.“

Aber Frau Stahl schüttelte den grauen, von einem erwartungsvollen Rädeln überforneten Kopf.

„Nein, sie will zu Ihnen. Sie hat es zweimal sehr deutlich gesagt.“

Doktor Nicolai preßte einen Augenblick die Hand auf die Brust. Da regte sich ein gläubiger, schmerzhafter Wunsch. Aber dann schüttelte er ebenso energig wie früher den blonden Kopf. Das fehlte noch gerade, daß er in seiner Lage auch noch anfang, unerfüllbaren Träumen nachzugeben.

(Fortsetzung folgt.)

## G. Hoffmann, Merseburg

Markt 19 Inh. Bernh. Taitza Tel. 464

empfiehlt zu passenden

### Weihnachts-Geschenken:

Elegante weiße und farbige Zier-, Träger- und Blusenschürzen  
Großes Sortiment besonders s.höher und preiswerter

Wirtschafts- und Hausschürzen  
Große Auswahl in Unterwäsche, Normal-Hemden, Jacken und Hosen, Strümpfen, Socken

Damen- und Kinder-Leibwäsche  
in Barchent

Hemdentuch, Maccotuch  
in sehr guter Verarbeitung besonders preiswert.

Jagdwesten in guten Qualitäten, Sweaters, Rodelmützen, Blusenschoner, Jumpers, Rodelgarnituren, Schals und Mützen pass., handgearbeitete Kinderkleider.

Reformbekleider, Brustschützer, Plaids, Damenwesten.

Untertailen  
in Wolle, weiß, farbiger Baumwolle u. Batist

Damen - Strümpfe, Kinder - Strümpfe  
in Wolle, Baumwolle, Flor, weiß, schwarz und farbig

Winter-Handschuhe  
gestrickt, gewollt, gefärbt, imit. Leder, schwarz, weiß, farbig.

Spitzenkragen, Rüschen, Schleier, Brautschleier, abgepaßte.

Ball-Handschuhe, Jabots, Haarschleifenbänder, Taschentücher, Ballfächer, Lantebänder, Moderne Metall-Gürtel.

Korsetts und Kinderleibchen  
fibre nur gutstehende und bewährte Formen und unterhalte darin ein sehr großes, gutsortiertes Lager modernster Fassons. Vollständiger Ersatz für Maß.

Großes Lager sehr preiswerter Erbstings-Artikel.

Kragenschoner, Schals, Krawatten, Hosenträger, Herren-Einsatzkragen, Oberhemden weiß n. farbig, Herren-Wäsche, Herren, Manschotten, Servietten.

Nähkästen, Fertige Tapissier-Arbeiten  
gefüllt und leer, von der billigsten bis zur elegantesten Ausführung.

größter und bester Auswahl.

Passende  
**Weihnachts-Geldentke**  
empfiehlt  
**Herbert Fildler**  
gepährter Optikermeister,  
Markt 24.  
Erstes opt. Spezialgeschäft.  
sachmännische Bedienung



Familien- Nachrichten.  
Verlobt. Geria Temp-  
lin mit Willi Delbeck,  
Weihenfels.  
Verlobt. Alfred Brün-  
ner mit Frau Martha geb.  
Kuntenschlager, Querfurt;  
Mar. Fuße mit Frau Char-  
lotte geb. Schümborn,  
Weihenfels; Fritz Straube  
mit Frau Margarete geb.  
Wielner, Weihenfels; Paul  
Sprawer mit Frau Maria  
geb. Wöhme, Eckorleben.  
Gestorben. Minna Krep-  
zig, Witwe; Sibylla Kubitz,  
f. J. Oberort; Engelriede  
Wolke, Weihenfels; Geri  
Kellermann, 41 J., Weihen-  
fels; Adolf Böhmig, Delitz

## Felle!

Art kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Wilhelm Prophet, Merseburg**  
Nulandstraße Nr. 6. Telefon Nr. 685.

**J. G. Knauth & Sohn**  
Fernsprecher 587. — Entenplan 2.  
Herrnsthüte — Velourhüte — Fliegermützen  
Sportmützen, Wintermützen m. Klappe z. Herunterziehen  
**Selbstbinder — Kravatten**  
Lederhandschuhe — Stoffhandschuhe  
mit und ohne Futter  
**Hosenträger**  
**Herrnwäsche**  
Bauerwäsche — Sockenhalter — Sportstrümpfe  
Sportsehs — Herren- und Damen-Gamaschen  
**Herrenartikel**  
Größte Auswahl. Billigste Preise.

**Schuh- u. Filzwaren**  
empfiehlt zum kommenden  
**Weihnachtsteste**  
in allen Sorten und Größen zu billigsten Preisen!  
Reichste Auswahl! Beste Qualität!  
**Richard Schmidt jun.** Seiten-  
beutel 3/5

**An meine werthe Kundschast!**  
Am Sonntag, den 24. Dez. (Weihnachten) und am Sonntag, den 31. Dez. (Silvester), ist es erlaubt zu baden.  
Jedoch bade ich nur auf vorherige Be-  
stellung und bitte solche früh im Laden ab-  
geben zu wollen. Alwin Freyberger.

**Passend als Weihnachtsgeschenk!**  
**Gesundheits-Hüftenformer, Korsetts; — Hüftenhalter**  
zu niedrigen Preisen

**Preiswerte Strumpfhalter.**  
Charlotte Ascho, Karistraße 34.

**C. A. KLEMM**  
Leipzig I Fernstr. 2096 Neumarkt 26  
Flügel  
Pianos Musikalien Pianos  
Harmoniums Harmoniums  
Grammophone Schallplatten  
Pianolorte-  
Reparaturen Stimmung  
Künstler-Notenrollen für 60er u. 88er Apparate

**Gottesdienst-Anzeigen.**  
Sonntag, den 24. Dezember 1922 (Heil. Abend).  
Es predigen:  
Dom. (Gehet), Nachm. 4.30 Uhr: Schrift-Anbacht.  
Superintendent Wihorn.  
Jungmänner-Verein d. Baurer. Frauen-  
Verein (Schriftlesung) 1. 1. 1.  
Sonntag, abends 7.30 Uhr: Versammlung.  
Sozialistischer: Geöffnet Sonntags von  
11.30 bis 12.30 mittags.  
Stadt. Born hält aus  
Nachm. 4 Uhr: Weihnachtsfeier des Kinder-  
gottesdienste. Pastor Heim.  
Neumarkt. (Die Kirche ist geheizt).  
Born. 10 Uhr: Pastor Gott.  
Nachm. 5 Uhr: Schriftleser. Pastor Gott.  
Landskirchen Gemeinde:  
Versammlungsort: „Rebberge zur Heimat“.  
Gemeing. Brauhausstraße, 1. 1. 1.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Evangelisations-Vortrag.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelbesprechungs-  
Schriftliche Versammlung, Bismarckstraße 1.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

**Katholische Gemeinde.**  
Sonntag, den 24. Dezember 1922.  
Früh von 6.30 Uhr an: Beichtgelegenheit.  
7.30 Uhr: Frühmesse mit Predigt.  
10 Uhr: Hochamt mit Predigt.  
Nachm. 2 Uhr: Andacht.  
Von 5 Uhr an: Beichtgelegenheit.  
Sonntag, 9 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.  
Mittwoch, 8 Uhr: Heil. Messe mit Predigt in der  
Schule.  
10.30 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche.

# Beilage zu Nr. 300 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 22. Dezember 1922

## Vorlagen zum Kreisstag am 5. Januar 1923.

### Tagesordnung:

1. Uebernahme der Statistik des Kreises für durch Fälligkeit entstehenden Schäden, der durch Ausgabe von Stadtnotegeld der Stadt Merseburg entsteht. — 2. Uebernahme der Statistik des Kreises für Schäden, der durch die Kreisparafasie als Annahmestelle für die Zeichnung auf die Zwangsanleihe entsteht. — 3. Ausübung des Bezugsrechts des Kreises an neuen Mitteln bei der Kapitalerhöhung der Landratsvereine. — 4. Errichtung bergmännischer Versuchsschulen. — 5. Erhöhung der Kreisumlagesteuer. — 6. Einführung einer Vermögenssteuer. — 7. Einführung einer Erbschaftsteuer für nicht gewerbliche Erbschaften. — 8. Maßnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit: a) Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe gemäß Gesetz vom 26. Juni 1921; b) Erhebung von Arbeitsgeberbeiträgen auf Grund des § 9 a des Kommunalabgabengesetzes nach der Novelle vom 26. August 1921. — 9. Bewilligung von Mitteln zur Gewährung von Beihilfen bei größeren Auftragsarbeiten bestehender Wohnungen. — 10. Aufnahme einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaues. — 11. Beschlußfassung über die Form der Arbeitsvermittlung im Kreise Merseburg gemäß Arbeitsnachweisgesetz vom 25. Juli 1922. — 12. Entscheidung über die Berufung: a) eines Kreisärztes; b) eines Bautechnikleiters in Abänderung des Kreisratsbeschlusses vom 27. April 1922. — 13. Gebührenordnung für die von den Desinfektoren im Landkreis Merseburg ausgeführten Desinfektionen. — 14. Entlastung der Rechnungen der Kreisfinanzkasse für die Rechnungsjahre 1919 und 1920 und der Kreisparafasie 1920. — 15. Nachtrag zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922. — 16. Wahl eines Schiedsmanns und eines Schiedsmannsbevollmächtigten für den 10. Bezirk, umfaßend die Ortsteile Dörfchen, Großschmied, Reufschütz, Kleinleina, Reimnitz, Rumpzig, Zitzsch, Dörfchen, Rumpzig, Rumpzig, Rumpzig, Treben, Wöllau. — 17. Wahl eines Schiedsmanns für den 16. Bezirk, umfaßend die Ortsteile Cursdorf, Emschwitz, Rappitz, Altherrich, Wölschütz, Gut. — 18. Wahl eines Amtsrichters für den Amtsbezirk Zeitz, Leitzsch, Kleinleina, Reimnitz, Rumpzig, Zitzsch, Dörfchen, Rumpzig, Rumpzig, Treben, Wöllau. — 19. Wahl eines Amtsrichters für den Amtsbezirk Zeitz. — 20. Wahl eines Amtsrichters für den Amtsbezirk Zeitz. — 21. Wahl eines Amtsrichters für den Amtsbezirk Zeitz.

**Einführung einer Vermögenssteuer.**  
Die vom Kreisrat am 29. Juni 1921 beschlossene Ordnung für die Erhebung einer Vermögenssteuer im Landkreis Merseburg hat bisher nicht die Zustimmung des Reichsausschusses gefunden. Nach den neuesten ministeriellen Bestimmungen sollen die Vermögenssteuerordnungen den aus schließlich veränderten Wertverhältnissen angepaßt werden. Nach Lage der Verhältnisse erscheint es daher zweckmäßig, daß die am 29. Juni 1921 beschlossene Vermögenssteuerordnung den dem Ministerium herausgegebenen Musterbestimmungen angepaßt wird.

**Wohnungsbau zur Förderung der Wohnbautätigkeit.**  
Infolge der fortwährenden Geldentwertung ist die Bautätigkeit zur Herstellung von Kleinwohnungen fast ganz

zum Stillstand gekommen. Der Kreis Merseburg leidet infolge der starken industriellen Entwicklung besonders unter den üblen Folgen der immer stärker zunehmenden Wohnungsnot. Die wiederholten Bemühungen des Kreisratschusses, durch eine stärkere Zusammenfassung aller im Wohnungswesen tätigen Kräfte zwecks besserer Förderung der Wohnbautätigkeit im Bezirk Halle-Merseburg haben leider keinen Erfolg gehabt. Der Kreis Merseburg ist deshalb angewiesen, seine Bemühungen um größere Förderung der Wohnbautätigkeit allein fortzusetzen. Die dadurch gestellte Aufgabe ist infolge der ungenügenden Geldentwertung wieder viel schwieriger geworden. § 3f. ist die Wohnbautätigkeit im Kreise Merseburg fast ganz eingestellt worden. Um die hieraus sich ergebenden sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Notständen zu beseitigen, erscheint es unbedingt notwendig, daß mit allen Mitteln die Fortführung der Wohnbautätigkeit angestrebt wird. Der Kreisrat hat wiederholt die Frage der zweckmäßigen und ausreichenden Mittelbeschaffung zur Förderung der Wohnbautätigkeit geprüft. Eine ausreichende Förderung der Beitreibungen zur Fortführung der Wohnbautätigkeit kann nur erreicht werden: a) in der Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe gemäß Gesetz vom 26. Juni 1921; b) Erhebung einer Abgabe (Arbeitsgeberbeiträge) auf Grund des § 9 a des Kommunalabgabengesetzes nach der Novelle vom 26. August 1921.

Der Ausschuss für Verwaltung der Wohnungsbaubauabgabe hat am 10. Oktober 1922 beschlossen, den Kreisrat zu ersuchen, die Wohnungsbaubauabgabe auf das Dreifache zu erhöhen. § 3f. wird für kommunale Zwecke eine Wohnungsbaubauabgabe in Höhe von 25 Prozent erhoben. Angesichts der starken Geldentwertung erscheint es aber sehr fraglich, ob die dreifache Erhöhung als ausreichend angesehen werden kann, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Halle erbat bisher einen Gemeindefürsorgebeitrag zur staatlichen Wohnungsbaubauabgabe von 160 %. § 3f. können Verhandlungen über eine weitere Erhöhung von 300 % für die Rechnungsjahre 1922/23. Die Stadt Merseburg erbat § 3f. für kommunale Zwecke 75 % und durch einen besonderen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ist diese kommunale Wohnungsbaubauabgabe auf 175 % erhöht. Die Genehmigung der Regierung ist bisher hierzu nicht eingegangen.

Es wäre zu empfehlen, auch die Wohnungsbaubauabgabe im Kreise Merseburg nach den beiden Vorbildern Halle-Merseburg anzuheben zu erhöhen.

Die großen Erwartungen, die man dem § 9 a der Novelle zum Kommunalabgabengesetz entgegenbrachte, sind nicht eingetreten. Arbeitsgeberbeiträge zur Förderung des Kleinwohnungsbaues sind mit Hilfe dieser Gesetzesbestimmung fast gänzlich erdrosselt worden. Die Ausführungsbestimmungen der preussischen Regierung zum § 9 a sind leicht in einer Form ausgefallen, die wenig geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, den Gemeinden ein wirksames Mittel zur Behebung der Neubautätigkeit in die Hand zu geben. Alle Versuche, die bisher auf diesem Gebiete gemacht worden sind,

haben wenig befriedigende Erfolge gezeitigt. Einzelne Städte sind nun dazu übergegangen, die nach dem § 9 a abgabepflichtigen Arbeitgeber in Form sogenannter Gemeindefürsorgebeiträge heranzuziehen. Diese Wege können die Kreisrat nicht befürworten, da sie kein Recht zur direkten gewerblichen Besteuerung haben. Es wird zunächst für den Kreis Merseburg nur übrig bleiben, alle Gewerbetreibenden, die über 20 Arbeitnehmer beschäftigen, zu Beitragsgemeinschaften zu vereinigen und in dieser Form eine Beitragsleistung zu erreichen zu versuchen.

### Annahme einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Aus der Wohnungsbaubauabgabe werden voraussichtlich 600 000 RM. durch die in Angriff genommenen Bauten nicht beansprucht. Der Verwaltungsausschuss hat daher beschlossen, dem Kreisrat zu empfehlen, eine Anleihe in dieser Höhe aufzunehmen, um dadurch Mittel zur Verfügung zu haben, zur Gewährung von Beihilfen für leistungsschwache Gemeinden. Die Tilgung muß spätestens im Jahre 1941 beendet sein.

Es wäre zu empfehlen, die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 600 000 RM. aus der Wohnungsbaubauabgabe für 1922 bei der hiesigen Kreisparafasie zu beschließen. Die Anleihe muß abgetragen sein im Jahre 1941.

### Die Bewegung der Staatsarbeiter.

Nachdem erst vor ganz kurzer Zeit die Bezüge der Staatsarbeiter erhöht worden sind, haben jetzt deren gewerkschaftliche Spitzenorganisationen im Reichsfinanzministerium für die zweite Dezemberhälfte einen abnormen Lohnsteigerungszusatz verlangt. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Wünsche der Staatsarbeiter zu prüfen, hat jedoch durch Ministerialdirektor v. Schlieben die Gewerkschaftsführer ersucht, bei der Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß dahin aufzubieten, daß der schwierigen Finanz- und politischen Lage des Reiches Verständnis entgegengebracht werde. In den nächsten Tagen ist nun ein weiterer Schritt der Gewerkschaften zu erwarten. Es handelt sich bei den in Frage stehenden Nachzahlungen um eine Differenz von 10 bis 15 Prozent der Gehälter der Beamten- und Staatsarbeiterbezüge entfallend um 1600 Mark monatlich höher war, als die Staatsarbeiter. Der freigewerkschaftliche deutsche Eisenbahnerverband hat nun bei den Organisationen o. g. n. g. ein Ausgleichen der erwähnten Differenz im Reichsfinanzministerium vorzulegen zu werden. Außerdem wurden die jüngsten Erhöhungen als völlig unzureichend angesehen und angefragt, in dieser Hinsicht einen energiegelassen Schritt zu unternehmen. Wieder einmal wurde darauf hingewiesen, daß Privatindustrie wesentlich höhere Gehälter zahlt. Es ist natürlich noch ganz ungewiß, ob die Entscheidung des Ministerialdirektors v. Schlieben, keine überhöhten Schritte vorzunehmen, von Erfolg begleitet sein wird. Nach den Berichten aus den Eisenbahndirektionsbezirken von Karlsruhe, Essen, Köln und Breslau zu schließen, muß die Lage als ziemlich ernst angesehen wer-

den. Auch in der Reichshauptstadt ist eine Gährung festzustellen. Die Kommunisten machen sich diese Sache natürlich zunutze und bereiten ganz offen den Boden für einen neuen Aufstand vor, indem sie politische Motive in die Bewegung hineintragen, und mit einem Mal der „sozialistischen“ Regierung die Schuld für die angeblich bis zum äußersten gestiegenen Preis des „arbeitenden Proletariats“ aufhieben. Diesmal soll es eine „ganz große Aktion“ werden, bei der die Staatsarbeiter an der Spitze marschieren sollen. Es verlohnt nicht der Mühe, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie gerade im jetzigen Augenblick ein Ausstand der Staatsarbeiter mit einer sich daran anschließenden Aktion der sozialistischen Gewerkschaften als Verbrechen schlimmster Art bezeichnet werden müßte. Abgesehen von den außenpolitischen Auswirkungen einer derartigen Handlungsweise müßte jetzt, wo eben Augenblick mit dem Eintritt der freigelegten Kälteperiode gerechnet werden muß, für die Volksernährung eine Katastrophe eintreten. Vor dem Winter hat uns schon vor geraumer Zeit ein Grauen erfaßt, und wir haben allen Grund, ihm auch dann mit größter Sorge entgegen zu gehen, wenn in sozialer Hinsicht, soweit dies möglich ist, alles einen normalen Verlauf nimmt. Die Folgen eines Ausstandes wären vollends nicht auszubedenken. Was trägt die Schuld daran, daß wir überhaupt dort hingelangt sind, wo wir heute stehen? Durch welche Mittel ist es bewirkt worden, daß unser Wirtschaftsleben bis zum Weisfinten gebracht wurde? Nicht zum geringen Teil, abgesehen natürlich von den Wahnwitzforderungen des Fettschwanzes, jene Politik, die der Straße alles zum Opfer brachte, und jene „Ereignisse“, die im Interesse derselben Straße eine Arbeitsstunde, einen Arbeitstag und eine Arbeitswoche um die andere, die Hände im Schoß haltend, verstreichen ließ, oder sich in wilden Schreien gegen „Kapitalismus und Brotmangel“ zu betriebligen suchte. Soll das jetzt abermals geschehen? Der Standpunkt des Kabinetts Cuno in dieser Frage kann nicht eindeutig sein. Eine schwere Aufgabe wird ihm zuteil, vielleicht die erste Feuerprobe, die das junge Ministerium zu bestehen haben wird. Wird es sie überleben? Das schimmere, schlimmer noch als dilliges Nachgeben, das heißt, öffentliche Erklärung der Machtlosigkeit, wäre das Bekenntnis zur Schwäche durch Kompromisse, durch ein nutzloses Hin und Her, durch anfängliches Nachgeben, das schließlich mit zwingender Notwendigkeit zu weiteren Erpressungen führt. Hier kann nur eine starke Hand helfen, und diese starke Hand muß die Regierung zeigen. Sie muß sich auch bei den Landesregierungen durchsetzen können.

### Politische Rundschau 294 Minister in vier Jahren!

Der Ministerverbrauch in den vier Jahren der deutschen Republik ist recht groß gewesen, nicht weniger als 294 Minister sind in Deutschland in dieser Zeit gegangen und gekommen. Nach der Verfassung gliedern sich diese Minister wie folgt:

63 Gewerkschaftsvertreter, 733 Redaktoren und Schriftsteller, 32 Rechtsanwältler, 80 sonstige Juristen, 31 Kauf-

leute, 16 Metallarbeiter, 13 Landwirte, 11 Professoren, 6 Lehrer, 6 Holzarbeiter, 6 Industrielle, 5 Gastwirte, 5 Buchdrucker, 5 Philologen, 4 Post- und Eisenbahnbeamte, 3 Zeitungsvorleger, 2 Zigarbeiter, 3 Künstler, 2 Schneider, 2 Maler, 2 Lederarbeiter, 2 Sattler, 2 Bäcker, 2 Brauer, 2 Stellmacher, 2 Glasmacher, 2 Ingenieure, 2 Mediziner, 2 Tapezierer, 1 Maurer, 1 Bergmann, 1 Waffenschmied, 1 Brauereidirektor, 1 Banddirektor, 1 evangelischer, 1 katholischer Geistlicher.

### Ausnahme des österreichischen Budgetprovisoriums.

Wien, 21. Dezbr. Der Nationalrat hat am Mittwoch vormittag das Budgetprovisorium in dritter Lesung verabschiedet und ist dann in die Reichstagsferien gegangen. Der außerordentliche Staatsrat hält am Donnerstag nachmittag 5 Uhr seine erste Sitzung ab und nimmt damit seine wichtige Tätigkeit als Beratungs- und Kontrollorgan der Regierung auf.

### Scharf: Maßnahmen gegen die Devisenspekulation in Prag.

Prag, 20. Dezbr. Eine amtliche Meldung besagt: Das Finanzministerium führte eine Überprüfung des Devisengeschäfts bei den böhmischen Banken und Bankiers durch. Auf Grund dieser Überprüfung entzog das Finanzministerium der Kreditanstalt, dem Deutschen Bank in Prag und ihren sämtlichen Filialen, dem Bankhause Dr. Czer u. Co. in Prag das Recht zum Devisenhandel. Diese Banken haben in Verbindung mit den Ausländern am Devisenmarkt am Montag. Am gestrigen Devisenmarkt waren die wichtigsten Devisen weiter heruntergegangen; auch die Mark gab weiter nach.

### Luzemburg bekommt eine Kanone.

Mit einem Offizier und einer Begleitmannschaft ist dieser Tage ein 75-Millimeter-Geschütz von Metz nach Luxemburg abgegangen. Europa braucht sich jedoch nicht zu beunruhigen; das Großherzogtum genießt nicht, die Kriegskanone zu entfesseln; es ist vom Nützlichkeitsgebot gänzlich frei. Die Aufgabe, die diese Kanone zu erfüllen hat, ist eine eminent friedliche. Die Großherzogin von Luxemburg sieht nämlich Mutterfreuden entgegen. Da die großherzogliche Armee aber nicht über Artillerie verfügt, so hat sich die Regierung an Frankreich gewandt und gebeten, ihr ein Geschütz zur Verfügung zu stellen, damit die Geburt des zu erwartenden Sprösslings des großherzoglichen Hauses mit dem gebührenden Glanz beglückt werden könne. Der französische Kriegsminister Maginot hat dem Ersuchen sofort entsprochen und das in Metz liegende 61. Artillerieregiment mit der ehrenvollen Aufgabe betraut, die Salutkanone zu liefern.

### Aus Provinz und Reich

Wolfsdörfer Wundenbier in Saksien.  
Breslau, 21. Dezember. Auf das Gut Hirschbald bei Witzing nahe der polnischen Grenze ist ein Verfall von seltener Frechheit durch eine etwa 15köpfige Bande verübt worden. Das Gut liegt abseits vom Dorfe und wurde von dieser Bande überfallen, die verlor, den Schweineschäfer, worauf sich die Bande zurückzog. Nach kurzer Zeit kehrte sie wieder zurück und griff nun das Gut mit Mitleid an. Es gelang jedoch, die Angreifer noch einmal zurückzuweisen. Es wird vermutet, daß es sich um polnische Bande handelt, die über die nahe Grenze gekommen ist.

### Eisenbahnunfall im Bahnhof Heilbronn.

Heilbronn, 20. Dezember. Am Mittwoch vormittag ereignete sich im Bahnhof Heilbronn ein schwerer Unglücksfall. Ein Güterzug überfuhr das Halbesignal und fuhr einem in der Richtung nach Eberfurth den Bahnhof verlassenden Personenzug in die Flanke. Zehn Personen wurden verletzt, darunter zwei Reisende und ein Schaffner schwer.

### Starkes Steigen des Rheins.

Frankfurt am Main, 20. Dezember. Vom Oberrhein wird starkes Wasser gemeldet. Der Rheinstufe stand in Mannheim ist innerhalb 48 Stunden von 280 auf 478 gestiegen.

### Lehenräuber.

Sochum, 20. Dezember. Auf der Höhe „Konstantin 10“ erschienen am Mittwoch Abend drei starke im Wahnwitz, bedrohten drei Festtage hintereinander für den Sportbetrieb 4,5 Millionen Mark. Nach der Tat flüchteten sie in ein Auto und entamen unerkannt.

## Turnen, Spiel und Sport

### Der Sport am Heiligabend (24. Dezember).

Man könnte die Sportwelt in diesem Jahr glücklich preisen daß diesmal der 24. Dezember ein Sonntag ist und dadurch drei Festtage hintereinander für den Sportbetrieb geschaffen sind. Aber sonst ist die schmerzliche Gegenwart, wie auch die unglücklichen Verhältnisse sind für die Vereine bestimmend gewesen, größtenteils nur einen oder höchstens zwei Tage von den drei zur Verfügung stehenden Tagen zu benutzen und da ist es einleuchtend, daß man den Heiligabend spielfrei ließ. Wittern in der großen Verbandspielaktion erleben wir morgen also einen Sonntag, der fast jeden sportlichen Lebens entbehrt!

Auf fußballportlichem Gebiet sind für den 24. Dezember so gut wie keine Spiele zu verzeichnen; hier jetzt der Wettkampf bei den beiden Feiertagen ein. Dafür erleben wir aber im Sportballtag ein größeres Ereignis innerhalb unserer Stadt, das als Vorbereitung zum Städte-spiel Halle-Merzbach sicherlich Bedeutung verdient. Auf dem Kaiserhof stehen sich vorm. 1/10 Uhr im

Hebungsspiel zwei Auswahlmannschaften gegenüber, um die elf besten Träger des Hodehschlägers für den 7. Januar zu ermitteln. Die beiden Mannschaften für morgen sind aus den Sportvereinen 99 und B. f. L. wie folgt aufgestellt: A-Mannschaft: B. Hoff (B. f. L.); Dr. Wirtz (99), B. Schöbe (B. f. L.); B. Weber (99), Dels (99), Hoffmann (B. f. L.); Neupert (99), Hirschfeld (B. f. L.); Gerlach (B. f. L.); G. Weber (99), Franke (99). — B-Mannschaft: Dr. Warte (99); H. Schöbe (99); Klappenberg (99); Friedrich (99); A. Wolfrath (99); Schöber (99); Göge (B. f. L.); Wenzlich (99); K. Wolf (99). Wirtz (B. f. L.); D. Schöbe (99). Uns erscheint die A-Mannschaft etwas stärker, sie sollte auch zur Grundlage der Städte-spiel genommen werden, die nach dem Spiel endgültig aufgestellt werden wird. Möchte man dabei eine glückliche Hand beweisen, damit der 7. Januar zu einem Ereignis für Merzbach werde!

**Certan** Vernichtet Wanzen 100% Ungeliefer bei Hausanfall.  
Erhältl. in Apotheken, Drogerien usw.